



Wir geben nicht auf!



Von uns wird immer mehr verlangt

JUTTA WILKE-PETERS, Sozialarbeiterin, FB Jugend und Familie Hannover, zum Abbruch der Verhandlungen:

Ich bin seit 34 Jahren Sozialarbeiterin und weiß, wie sich unser Beruf verändert hat, besonders in den Allgemeinen Sozialen Diensten. Da muss ich nur an die immer größere Verantwortung für den Kinderschutz und bei Kindeswohlgefährdung denken. Von uns wird immer mehr verlangt, die Probleme werden größer, die Aufgaben schwieriger. Dass die Arbeitgeber das in keiner Weise anerkennen wollen und über unsere und viele andere Berufsfelder plötzlich nicht mal mehr verhandeln wollen, empfinde ich als unglaubliche Ignoranz. Wir sind deshalb gezwungen, mit dem Streik weiterzumachen, und die Kolleginnen und Kollegen sind dazu bereit. Sie hatten große Hoffnungen in die Verhandlungen gesetzt, dass es zu Verbesserungen für uns kommt. Dafür haben wir viel getan – an bisher zwölf Streiktagen. **Allein bei uns im Kommunalen Sozialen Dienst in Hannover haben sich 150 Leute beteiligt. Wir geben nicht auf.**

Nicht ein bisschen Anerkennung, dafür kühle Gering-schätzung. Die Botschaft der kommunalen Arbeitgeber an die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten ist unmissverständlich. Sie heißt: Eure Nöte interessieren uns nicht. Es ist ein böses Signal ausgerechnet an jene, die in unserer Gesellschaft wirklich und Tag für Tag Verantwortung tragen statt nur davon zu reden. Verantwortung für unsere Kinder und deren Entwicklung, Verantwortung für Jugendliche und deren Zukunft, Verantwortung für Familien in Notlagen, Verantwortung für behinderte Menschen und ihre Teilhabe an der Gemeinschaft.

Am 19. Juni sind die Verhandlungen über einen Tarifvertrag zum Gesundheitsschutz und eine angemessene Eingruppierung der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten ergebnislos abgebrochen worden. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) hatte auch in der siebten Runde kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt, sondern im Gegenteil ihr ohnehin minimales Angebot von Anfang Juni wieder heruntergeschraubt. Wirksame und alltagstaugliche Regeln zum Gesundheitsschutz lehnt die VKA ab. Nach ihrem Angebot sollen Beschäftigte nur dann ein Recht auf Prüfung ihrer persönlichen gesundheitsgefährdenden Arbeitsbelastungen haben, wenn wesentliche Änderungen am Arbeitsplatz erfolgt sind. Also allenfalls im Ausnahmefall. Über eine höherwertige und damit den stetig steigenden Anforderungen angemessene Eingruppierung der Beschäftigten in der Sozialarbeit und der Sozial- und Heilpädagogik wollen die Arbeitgeber erst gar nicht verhandeln, das lehnen sie rundweg ab. Damit haben sie die Beschäftigten in rund 50 Tätigkeitsfeldern komplett ausgegrenzt. Vorgelegt hat die VKA lediglich eine neue, so genannte „eigenständige“ Entgelttabelle für die Erzieherinnen und Erzieher – und rechnete diese vor der Presse in erstaunliche Zuwächse schön. Bei genauer Prüfung ergibt sich: Rund 80 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher würden nicht einen Cent mehr bekommen oder sogar Einkommensverluste von bis zu 1 000 Euro im Jahr hinnehmen müssen. Damit, so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske, „haben die Arbeitgeber die Verhandlungsgrundlage verlassen. Sie wollen keine Aufwertung, sondern eine Abwertung der Sozial- und Erziehungsberufe. Zu Lasten der Gesellschaft.“ **Angesichts der Blockade der Arbeitgeber hat die Bundestarifkommission der Gewerkschaft ver.di einstimmig die Fortsetzung der Streiks beschlossen. Ein Streik ohne Alternative.**



Nicht gegen die Eltern

INTERVIEW MIT ACHIM MEERKAMP, VER.DI BUNDESVORSTAND

ver.di PUBLIK | Die Verhandlungen mussten abgebrochen werden. Warum?

ACHIM MEERKAMP | Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Arbeitgeber nicht bereit sind, die sozialen Berufe aufzuwerten, obwohl die Öffentlichkeit durch die Streiks auf die Situation der Erzieher/innen, Sozialarbeiter/innen, Kinderpflegerinnen, Heilpädagoginnen und vieler anderer Beschäftigter aufmerksam geworden ist und hinter deren Forderungen steht. Die kommunalen Arbeitgeber sind genauso wenig bereit, einen vernünftigen Gesundheitsschutz für Erzieher/innen verbindlich zu vereinbaren. Das heißt: Ohne eine Fortsetzung des Streiks sind unsere Ziele nicht zu erreichen.

ver.di PUBLIK | Was bedeutet das für den gesamten öffentlichen Dienst?

MEERKAMP | Allen anderen Beschäftigten, für die der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) gilt, wird damit eine Absage erteilt, zu einer guten Eingruppierung in

Entgeltgruppen zu kommen. Die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeber setzt auf Absenkung der Bezahlung, nicht auf Gleichbehandlung der Beschäftigten und schon gar nicht darauf, die Arbeitsbedingungen tarifvertraglich vernünftig zu begleiten.

ver.di PUBLIK | Wie geht es weiter?
MEERKAMP | Die Teilnehmer/innen auf der Streikdelegiertenversammlung haben deutlich gemacht, dass die Beschäftigten bereit sind, für ihre Ziele zu streiten – nach meiner Einschätzung sind sie das jetzt sogar stärker als zu Beginn der Streiks. Wir werden die Aktionen in verschiedenen Bundesländern fortsetzen, schon in der nächsten Woche. In der Zeit der Sommerferien werden wir vor allem die Kontakte zu vielen Eltern noch enger knüpfen. Für die Zeit nach der Sommerpause befassen wir uns mit einer neuen Streikstrategie. **Wir wollen weiter politischen Druck machen, der sich gegen Oberbürgermeister und Landräte richtet – und nicht gegen Eltern und Kinder.**